

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.50 M., bei direkter Postbestellung monatlich 3.15 M., bei Zustellung unter Straßendruck für Deutschland 2.— M., über Ausland 2.— M., per Brief 1.50— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Insereits fallen die achtspaltigen Nummernzeile ab, deren Raum einsech. Leerraumspalten 1.20 M., das feilgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die achtspaltigen Nummernzeile 2.40 M., das feilgedruckte Wort 21 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2595—96, 9768

STREIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreit der industriellen Unternehmer.

Bündnis zwischen Regierung und Industriellen.

Das Betriebsrätegesetz bringt zwar in der jetzt vorliegenden Form keine Erweiterung der Arbeiterrechte, sondern im Gegenteil erhebliche Verschlechterungen. Die Unternehmer sind indes mit ihrem Erfolg bei den Ausschlußverordnungen noch nicht zufrieden; sie halten den Zeitpunkt bereits für gekommen, mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen bei dieser Gelegenheit wieder gänzlich auszuräumen, und sie sehen die Gegenrevolution für genügend entwickelt, um schon jetzt zum großen Schlag auszuholen. In einem vertraulichen Rundschreiben vom 23. Dezember 1919 der Metallindustriellen wird der Plan behandelt. Das Rundschreiben bespricht einleitend die bisherigen Verhandlungen im Parlament und in den Arbeitgeberzentralen, bespricht dann große Unzufriedenheit mit dem jetzigen Stand der Sache und fährt fort:

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die Industrie sich mit den gleichen Mitteln, mit denen sie von ihren politischen Gegnern angegriffen wird, verteidigen und selbst vor einer Stilllegung ihrer Betriebe nicht zurückweichen soll, wenn auf andere Weise den Wirtschaftsorganismen liberale Liebergriffe nicht abgewendet werden können. Zur Klärung dieser Frage bitten wir um Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. Wie denken die Firmeninhaber Ihres Bezirkes über die Anwendung der Stilllegung als äußerster Verteidigungsmittel?
2. Sollten Sie eine einseitliche Stilllegung für durchführbar?
3. Wie kann die Einmütigkeit der Industrie gegen Außenfeinde erzwingen werden?

Da die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz infolge der Weichheitsferien hinausgeschoben ist, bleiben für jeden einzelnen Firmeninhaber noch Zeit und Gelegenheit, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf seine Partei und auf den Angeordneten seines Wahlkreises einzuwirken und ihm die Folgen vor Augen zu halten, welche die Verabschiedung des Gesetzes in seiner vorliegenden Fassung nicht allein für die Wirtschaft, sondern auch für den Bestand der politischen Parteien, welche die Verantwortung für dieses Gesetz zu tragen haben.

Wir bitten Sie, die Mäße eines Briefes oder einer persönlichen Rücksprache mit bekannten Abgeordneten im allgemeinen Interesse nicht zu scheuen und der Firma A. Borsig, Wn.-Teel, 8. St. von Herrn Dr. Detert, von dem Ergebnis Ihrer Schritte Mitteilung zu machen.

A. Borsig, Teel; Formhäll, Gr. Linden 6. Gießen; Beck u. Co., Düren; Gensel u. Sohn, Rassel; Garthmann, Altona; Springer, Schwab.-Gmünd; F. Schickau, Elbing; Pröckmann, Breslau; Geh. Schmalk, Offenbach a. M.; Kähn, Schönebeck a. S.

Dieses Rundschreiben läßt den Schleier von den wahren Absichten der Unternehmer. Dieselben Herren, die in der Aussprache mit dem Reichspräsidenten heuchlerisch ihren angeblichen Willen bekundet haben, die Produktion mit allen Mitteln zu steigern und die die Arbeiter anzuklagen, weil sie sich gegen die ihnen drohende Verelendung und Entredung zur Wehr ziehen, beabsichtigen, die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes zu einem großen Schlag gegen die der Arbeiterklasse noch verbliebenen Rechte zu benutzen.

Obwohl die Unternehmer wissen, daß das Betriebsrätegesetz gegenüber den Rechten, die die Arbeiterklasse bereits jetzt in den Betrieben besitzt, einen erheblichen Rückschritt darstellt, schreiben sie Beten und Mordio, weil sie die Öffentlichkeit dadurch in den Glauben versetzen wollen, daß bei Annahme dieses Betriebsrätegesetzes die wirtschaftlichen Schwerverhältnisse wachsen würden. In Wirklichkeit wollen sie die auf diese Art entfechtete Stimmung benutzen, um auch den letzten Rest des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu beseitigen.

Die Unternehmer mögen sich gelobt sein lassen, daß die Arbeiterklasse ihre Absichten klar durchschaute, und daß sie auch die Kraft finden wird, ihrer Durchsetzung mit aller Macht zu begegnen. So leicht, wie die Herren sich das denken, wird ihnen der Feldzug nicht gelingen.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Erwähnung, daß das Organ der Schwerindustriellen, die

„Post“, die man wohl als sehr gut unterrichtet ansehen darf, mit der Aussprache der Industriellen mit dem Reichspräsidenten sehr zufrieden ist. Sie versichert zwar, es sei nichts darüber bekannt geworden, ob die mehrstündige Aussprache, welche sich an den Austausch offizieller Erklärungen angeschlossen, positive Ergebnisse gezeitigt hat oder erwarten läßt. Sie erklärt aber weiter:

„Mit Genugtuung wird man jedoch von der Versicherung des Reichspräsidenten Kenntnis nehmen, daß er sowohl wie die Reichsregierung auf die Mitwirkung der industriellen Leiter großes Gewicht legen, und daß eine regelmäßige Sühnung fortan mehr, als es bisher geschah, stattfinden solle.“

An dieser Erklärung ist mehrere interessant. Vor allem die Tatsache, daß die der Öffentlichkeit übergebenen Berichte lediglich den „offiziellen Meinungsabtausch“ darstellen, daß aber außerdem vieles beiprochen worden ist, was man der Öffentlichkeit sorgsam verschweigt. Wenn die „Post“ der Regierung derart ihre Zufriedenheit ausdrückt, so steht unabwehrlich fest, daß den Industriellen erhebliche Zugeständnisse gemacht worden sind, und daß die „Mitwirkung der industriellen Leiter“ und die „regelmäßige Sühnung“ für die Industriellen reiche Früchte tragen dürfte.

Die Arbeiterklasse weiß nun, was ihrer wartet.

Proteststreik gegen das Betriebsrätegesetz im Ruhrbergbau.

Die technischen Angestellten des Ruhrbergbaus haben für den Tag der dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes einen Proteststreik beschlossen. Da das Betriebsrätegesetz nicht die Mitbestimmung des Angestelltenrates bei kräftigen Entlastungen bringt, sind sie wieder der Willkür der Unternehmer ausgeliefert, denn diese sind in der Lage, sie infolge der schwierigen unterirdischen Verhältnisse wegen eines jeden Verstoßes gegen die bürokratischen Vorschriften kräftlos zu entlassen. Es handelt sich für sie um die Frage, ob sie die vorrevolutionären, unwürdigen Verhältnisse, unter denen sie auf Gnade und Ungnade den Grubenbesitzern ausgeliefert waren, wiederholen lassen wollen, oder ob es ihnen gelingt, die Nationalversammlung davon zu überzeugen, daß für sie das Betriebsrätegesetz mit der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Unternehmers bei kräftigen Entlastungen unannehmbar ist.

Herabsetzung der Brotkräften?

Bei Verhandlungen, die vor einigen Tagen in Stuttgart zwischen dem Reichswirtschaftsminister, den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, für wirtschaftliche Fragen stattfanden, erklärte der Reichswirtschaftsminister Schmidt, wenn die Lieferungsprämien nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Raten und die Erhöhung des Ausschlags, daneben aber auch in bestimmten Grenzen eine Steigerung der Einfuhr in Betracht kommen.

Das ist das ganze Latein der Regierung! Neben der ungenügenden Einschränkung an dem Verbrauch der Lebensmittel, die durch die Erhöhung der Preise für die Masse der Bevölkerung erzwungen wird, auch noch die zwingende Herabsetzung der knappen Nationen. Vielleicht denkt einmal der Reichswirtschaftsminister darüber nach, wovon dann die Arbeiter arbeitssfähig sein sollen?

Die Städte fordern Sicherung der Ernährung.

Die dem Ausschüßrat der Reichsgetreidestelle angehörigen Vertreter der deutschen Städte haben dem Vorsitzenden des Ausschüßrats beantragt, letzteren scheinbar einzuberufen, um über den Vorrat und die Zukunft der Reichsgetreidestelle im einzelnen unterrichtet zu werden. Die deutschen Städte erwarten die bisher abgegebenen Erklärungen nicht als ausreichend, um Sicherheit in der Getreideversorgung auch nur für die nächste Zukunft zu bieten, und halten es für ihre Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Eingänge in der Reichsgetreidestelle sich entscheidend heben. Bisher liegt dafür ein Anzeichen nicht vor.

Zur Rechtfertigung der Januar-erhebung.

Von Georg Ledebour.

Die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse Berlins im Januar 1919 ist auch im „Vorwärts“ einer Verpöndung unterzogen worden. Sie ist natürlich auf den Ton gestimmt, daß damals die Unabhängigen und Kommunisten ganz frivolerweise einen Dutsch veranstaltet und damit den „Ausbruch des Bürgerkrieges“ auf ihr Gewissen geladen haben. Eine Verurteilung für diese Auffassung glaubt das Regierungsorgan in meinem Artikel vom 5. Januar entdeckt zu haben, da er angeblich „gegenüber dem sonstigen unabhängigen Bredere das offene Eingeständnis enthält, daß die Tat gewollt und beabsichtigt war“. Das Blatt zitiert dann noch aus meinem Artikel einige sorgfältig ausgewählte Züge, ohne meinen ausführlichen Nachweis der Regierungsprovokationen zu erwähnen und schließt diese Fälscherprophezie mit den Worten: „Damit sind Urheberchaft und Verantwortung für den Januardutsch durch ein Zeugnis festgestellt, das auch für die Unabhängigen authentisch sein dürfte.“

Sunächst muß ich meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die „Vorwärts“-redaktion sich so stellt, als ob das, was ich in meinem Artikel über die Januarerhebung ausgeführt habe, etwas Neues wäre. Was ich da in knappen Sätzen gesagt habe, wurde von mir während der fünf-wöchigen Verhandlung vor dem Schwurgericht im Sommer vorigen Jahres in stundenlangen Erörterungen wiederholt klargestellt, daß nämlich die revolutionäre Arbeiterklasse Berlins gar nicht umhin konnte, den tödlichen Provokationen der rechtssozialistischen Regierung einen Widerstand entgegenzusetzen, der im Falle des Erfolges den Sturz dieser verräterischen Regierung hätte herbeiführen müssen. Der ausführliche Nachweis der Regierungsprovokation war ja gerade das Kernstück meiner Verteidigung. Vergessen kann der „Vorwärts“ das nicht haben. Wenn die Redaktion jetzt meinen abermaligen Hinweis auf jene Provokationen ihren Lesern zu verschweigen sucht, so entspringt dieser unwürdige Trick offenbar nur ihrer Spekulation darauf, daß diese Leser selbst nur kurz von Gedächtnis sind, um die Machenschaften der Redaktion zu durchschauen. Hat diese Spekulation Erfolg, dann wäre allerdings Hopfen und Malz an der Ver- schärfung verloren.

So viel, was die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der Januarerhebung anbetrifft. Ich halte es aber auch für notwendig, mich mit Bemängelungen auseinanderzusetzen, die dagegen in letzter Zeit in unseren eigenen Reihen laut geworden sind. Denn die Erinnerung an diese revolutionäre Tat ist ein viel zu großes Gut für die revolutionäre Arbeiterklasse Berlins und Deutschlands, als daß man deren Herabwürdigung durch die eigenen Parteigenossen unter der Decke weiterfressen lassen dürfte. Das könnte nur die Wirkung haben, in kommenden Zeiten die Entschlußkraft der Genossen zu lähmen. Um dem vorzubeugen, muß volle Klarheit geschaffen werden über die Januarbewegung.

So nannte Genosse Silberding vor einiger Zeit in einem Artikel die Januarerhebung „die Marneschlacht der deutschen Revolution“. Dieser Vergleich ist völlig unzutreffend und irreführend. Wäre er richtig, so wäre ja jener Silberdingische Trübseligkeitserguß der Grab-gesang der deutschen Revolution gewesen. Ihr Untergang wäre besiegelt, wie ja die verlorene Marneschlacht nach Eingeständnis des Generalkommandos Moltke den Verlust des Feldzuges und damit des Weltkrieges besiegelt hatte. Ganz anders steht's mit der deutschen Revolution. Sie wurde in ihren Anfängen zunächst verpöndet wegen der Unbereitschaft der Führer, wie der Massen. Ich brauche den Nachweis hierfür hier nicht zu wiederholen. Die Januar-erhebung dagegen war der erste entschlossene Versuch der revolutionären Proletariats, die Revolution der Ver-umpfung zu entreißen. Der Versuch endete mit einem taktischen Mißerfolg. Und doch war er unvermeidlich und notwendig zur Wiederbelebung des revolutionären Geistes. Seine Nachwirkungen dienen der Vorbereitung des künftigen Sieges der Revolution. Nicht eine Marneschlacht war die Januarerhebung, sondern ein erster, wenn auch un- aus-

Die Eisenbahnerbewegung.

Berschärfung des Streiks im Westen.

Dortmund, 8. Januar.

Hier hat sich die Lage im Eisenbahnerstreik verschärft. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten, etwa 3000 Mann, streiken.

Essen, 8. Januar.

Der Ausstand der Eisenbahnerarbeiter im hiesigen Bezirk hat sich weiter ausgedehnt. Auf dem Bahnhof Mülheim (Ruhr) wird nur teilweise gestreikt.

Tal. Düsseldorf, 8. Januar.

Nach der vollständigen Einstellung des Personenverkehrs auf der Rheinbahn, begann, wie die "Düsseldorfer Nachrichten" melden, ein gewaltiger Ansturm auf die nach Bensberg führenden Straßenbahnwagen.

Die Darstellung des Eisenbahnministers.

Berlin, 8. Januar.

Ueber die Lage in den durch die Bewegung der Eisenbahner in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken wird aus dem Eisenbahnministerium mitgeteilt, daß der Streik im Direktionsbezirk Elberfeld mit gleicher Schärfe andauere.

Der Verlauf der Verhandlungen.

Berlin, 8. Januar.

Künftig wird mitgeteilt: Die Verhandlungen über den Lohnsatz mit den Eisenbahnerorganisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf.

Eine Erklärung des Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 8. Januar. (W. F. B.)

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband erlaubt uns um Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt, daß er einen Eingriff in die käuflichen Tarifverhandlungen gar nicht gefördert habe.

Die Stellung der rechtssozialistischen Presse.

Von der Ortsverwaltung Frankfurt a. M. des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Der "Vorwärts" und auch andere rechtssozialistische Zeitungen bringen folgende Notizen:

Es wirkt außerordentlich sonderbar, daß ausgerechnet die Unabhängigen die sofortige Einberufung der preussischen Landesversammlung zur Regelung der Eisenbahnerlöhne beantragen haben.

In der jetzigen Bewegung unter den Eisenbahnern ist noch zu bemerken, daß sie vor allem von den Einflussspekulanten und Syndikalistern geführt wird.

Dazu haben wir zu erklären: Wir führen einen wirtschaftlichen Kampf zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Mitglieder.

Oder sollte der Gedanke vorherrschen, mit solchen Mitteln unsern berechtigten Kampf zu lähmen? Was nützen und dann ein paar Scheinheilige Sätze, die von berechtigten Forderungen sprechen?

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Der Streik der Versicherungsangestellten hat gestern früh prompt eingesetzt. Die Beteiligung am Streik kann auf etwa 90 Prozent geschätzt werden.

In weichen sind 10.200 Streikende für Groß-Berlin gegenüber 600 Arbeitswilligen.

Wie die "P. R." an zuständiger Stelle erfahren, scheint sich die Annahme, daß der Streik in Versicherungsgewerke einer baldigen Beilegung entgegensteht, nicht bewahrheiten zu wollen.

Schutz der Arbeitswilligen.

"Die Sickerheitswehr greift nicht in wirtschaftliche Kämpfe ein." So erklärte vor einigen Tagen der ehemalige Sozialdemokrat und jetzige Volkstagspräsident Eugen Ernst.

leben des Streiks war aber auch die Schutzwehr des Kapitals auf dem Plan, die Sickerheitswehr, die angeblich den Kampf gegen das Berliner Verkehrsministerium aufnehmen soll.

Die Streikposten der Angestellten fanden vor den Betrieben, hielten mustergetreue Ordnung und lärtten arbeitswillige Kollegen auf, ihren kämpfenden Heldenbrüdern nicht in den Rücken zu fallen.

Der Streikposten der Angestellten fanden vor den Betrieben, hielten mustergetreue Ordnung und lärtten arbeitswillige Kollegen auf, ihren kämpfenden Heldenbrüdern nicht in den Rücken zu fallen.

Herr Ernst, ist das der Kampf gegen Verkehrsminister? Willige Vorbehalte zum Schutz des Kapitals "Technische Ratskammer und Sicherheitspolizei".

Wie aus dem Zentralkomitee der Angestellten mitgeteilt wird, sind ihm Zwischenschritte nicht gemeldet worden.

Der Streik im Reich.

Automatisch traten mit dem heutigen Tage auch im ganzen Reich die Angestellten des Versicherungsgewerkes in den Ausstand.

Die Leipziger Versicherungsangestellten haben sich dem Berliner Streik bereits angeschlossen und traten gestern schon gleichfalls in den Ausstand.

Die Dresdener Versicherungsangestellten haben erst in einer gestern abend stattgefundenen Versammlung über den Eintritt in den Streik beraten.

Aus Stuttgart wird gemeldet, daß der Streik der Versicherungsangestellten dort reiblos durchgeführt wird.

In den übrigen größeren Städten werden am heutigen Freitag die Angestellten ebenfalls in den Ausstand treten.

Die Forderungen des Arbeitgeberverbandes.

Der Zentralverband der Angestellten hat bekanntlich auf Einwirken des Reichsarbeitsministeriums sein Einverständnis dazu erklärt, daß auch die übrigen Angestelltenorganisationen, welche Versicherungsangestellte vertreten, zu den neuen Tarifverhandlungen des Versicherungsgewerkes hinzugezogen werden.

Der Arbeitgeberverband hat jedoch noch wie vor an seinen übrigen Forderungen fest. Er verlangt vom Zentralverband der Angestellten die schriftliche bindende Erklärung, daß dieser den ihm ausgestellten Tarifvertragsentwurf fallen läßt.

Die Forderungen des Arbeitgeberverbandes sind: 1. Die Forderung der Angestellten, daß die Arbeit sofort in allen Betrieben bedingungslos wiederaufgenommen wird.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Jutz Rablen.

VII.

Nun hatte aber auch der einzig übriggebliebene Franzose genug. Er packte Jimmie beim gesunden Arm, rief: "Venez! Venez!" Dies hieß augenblicklich: "Laufen wir fort!"

Jimmie raffte allen Mut zusammen und blickte über den Rücken hinaus. Die grauen Gestalten waren bereits ganz in der Nähe, und Jimmie erkannte, den Wäldern nach, die er gesehen hatte, daß es Deutsche seien.

Auch von hinten dröhnten jetzt Schüsse auf; anheimelnd war der Wald voller Franzosen, und es fiel dem Feind schwer, vorzudringen. Jimmies Gefährte schneelte auf und begann zu laufen.

Die verdammten Vödel stürzten übermalls, und die Leute im Granatrichter wuchsen, dies sei das Ende. In Schwärmen drangen die grauen Gestalten vor, ihre Flintenkugeln fielen wie Hagel nieder.

Jimmie war bereits so erschöpft, daß ihm alles gleichgültig schien. Ausblickend sah er einen gewaltigen Deutschen, der gerade auf ihn zielte.

Auscheinend gibt es da hinten noch Leute, die es mit den Deutschen aufnehmen, dachte Jimmie und verhartete

reglos, während letzte Hoffnung in seinem Herzen erwochte. Das Feuer währte noch etwa eine Viertelstunde an, doch war Jimmie viel zu müde, um über den Trichter zu spähen.

VIII.

Ja, zwei Amerikaner befanden sich im Granatrichter. Jimmie hatte ihrer so viele Tausende gesehen, doch er seiner Sache gewiß war.

Nach etlichen Minuten sprangen zwei weitere Amerikaner in den Trichter. Ohne ein Wort oder ein grüßendes Nicken gingen sie an die Arbeit.

Später kamen noch drei. Es mußte jetzt bereits weniger Deutsche geben, denn die Neugekommenen fanden Zeit zu sprechen.

"Wir hätten dort hinter einer Diale halten sollen" — bemerkte der eine — "aber, zum Teufel..."

"Es sind noch mehr Deutsche vor uns —" warf ein anderer ein, "machen wir uns an sie heran."

"Ja, ebenso gut jetzt wie später."

"Weiß du nur da und laß dir den Finger verbinden" — rief der erste.

"Rüchere dich um deine eigenen Finger!" — lautete die Antwort.

Und dann erbeugte einer Jimmie. "Das ist ja ein Dankel! Was machen denn Sie hier?"

(Fortsetzung folgt.)

